



**Herzlich Willkommen** zum aktuellen Newsletter des Landtagsabgeordneten Joachim Köbler. Auch heute informieren wir Sie über Termine, die Arbeit im Wahlkreis und über landespolitische Themen.

Sehr gerne dürfen Sie diesen Newsletter auch an Ihre Freunde weiterleiten. Leserinnen und Leser, die an einem regelmäßigen Bezug des Newsletters interessiert bzw. nicht mehr interessiert sind, können sich jederzeit über die E-Mail-Adresse [wahlkreis@joachim-koessler.de](mailto:wahlkreis@joachim-koessler.de) an- bzw. abmelden.

---

### **Joachim Köbler MdL bei Bundespräsident Dr. Horst Köhler**

**Staatsoberhaupt bekennt sich zu Baden-Württemberg und betont Bedeutung der Landespolitik**



Im Rahmen einer mehrtägigen Klausurtagung der CDU-Landtagsfraktion weilte der Abgeordnete Joachim Köbler in der Bundeshauptstadt Berlin. Bundespräsi-



# Joachim Köbler

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg



CDU

## +++ NEWSLETTER

17. September 2008



dent Dr. Horst Köhler empfing am Rande der Tagung alle Mitglieder der CDU-Landtagsfraktion in seinem Berliner Amtssitz Schloss Bellevue. In seiner Rede betonte das Staatsoberhaupt seine Verbundenheit mit Baden-Württemberg. Köhler unterstrich die Bedeutung und Wichtigkeit der Landespolitik in der föderalen Ordnung der Bundesrepublik. Der Bundespräsident nahm sich Zeit, mit allen Fraktionsmitgliedern zu reden und sich mit ihnen auszutauschen.



### Joachim Köbler MdL: „Energieversorgung ist kein Wunschkonzert“

#### Abgeordneter äußert Unverständnis gegenüber Vorschlägen der Landtagsgrünen

Angesichts des momentanen Anstiegs der Lebenshaltungskosten und Energiepreise stößt die aktuelle Kritik der baden-württembergischen Grünen am Energiekonzept der Landesregierung beim Landtagsabgeordneten Joachim Köbler auf Unverständnis. „Jedem der auch nur ansatzweise Realitätssinn besitzt, muss bei den aktuellen Forderungen der Grünen vor lauter Kopfschütteln schon der Schädel brummen“, so Köbler.

Mit dem Energiekonzept 2020 habe die Landesregierung eine fundierte Strategie vorgelegt. Damit werden sowohl Umwelt- und Klimaschutz vorangetrieben als auch die Sorgen von Bürgern und Wirtschaft nach bezahlbarer Energie ernst genommen. „Ich erlebe in zahlreichen Gesprächen, dass zu den größten Sorgen der Bürger, aber auch der Wirtschaft momentan die Frage gehört, wie die nächste Stromrechnung und Tankfüllung bezahlt werden sollen“, so Köbler.

Als führende Industrienation dürfe Deutschland aufgrund explodierender Energiepreise den wirtschaftlichen Anschluss nicht verlieren. Dennoch komme für die Energiever-





# Joachim Köbler

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg



CDU

## +++ NEWSLETTER

17. September 2008



sorgung der Zukunft nach Ansicht Köblers den erneuerbaren Energien eine entscheidende Bedeutung zu. Allein mit erneuerbaren Energien ist es nach Köblers Überzeugung jedoch derzeit noch nicht möglich, die erforderliche Leistung der am Netz befindlichen Kernkraftwerke zu ersetzen. Deshalb sei eine Laufzeitverlängerung für bestehende, sichere Anlagen unumgänglich, um damit ein größeres Zeitfenster für den Ausbau erneuerbarer Energien zu gewinnen. „Die Energiequelle, die kostenlos und CO<sub>2</sub>-neutral die Industrienation Deutschland mit Energie versorgt, ist eine eierlegende Wollmilchsau, die es so nicht gibt“, sagte Joachim Köbler. „Kretschmann, Untersteller & Co bleiben dem Bürger die Antwort schuldig, wie sie die Brücke bis zu einer vollständigen Versorgung durch erneuerbare Energie schließen wollen“, so der Abgeordnete aus Gondelsheim. „Energieversorgung ist kein Wunschkonzert. Zur Politik gehört es eben auch, dass man sich der Realität stellt und nicht einer ideologischen Fata Morgana nachjagt“, sagte Köbler abschließend.

### Joachim Köbler MdL: Personalaufbau in den baden-württembergischen Industriebetrieben hält weiter an

#### 2,9 Prozent mehr Beschäftigte in der Südwestindustrie im Juni



Der Personalaufbau in den baden-württembergischen Industriebetrieben hält weiter an. Nach Feststellung des Statistischen Landesamtes stieg im Juni 2008 die Zahl der Industriebeschäftigten im Vergleich zum Vorjahr um 31.500 auf 1 116.900 Personen an (+2,9 Prozent). Auch im Vergleich zum Vormonat Mai war ein Anstieg zu verzeichnen, und zwar um 2.100 Personen. In der Südwestindustrie waren damit im ersten Halbjahr 2008 durchschnittlich 1.112.800 Personen beschäftigt. Im Vergleich zum entsprechenden

Vorjahreszeitraum bedeutet dies eine beachtliche Personalaufstockung um 31.000 Personen (+2,9 Prozent). Unter den bedeutenden Industriebranchen im Land kam es insbesondere im »Maschinenbau« zu deutlichen Personalzuwächsen. Hierbei baute die beschäftigungsstärkste Branche der Südwestindustrie ihren Personalbestand im ersten Halbjahr 2008 um 12.900 auf 263.500 Beschäftigte (+5,1 Prozent) im Vergleich zum Vorjahresergebnis aus. Aber auch der »Fahrzeugbau« (10.800 Personen oder +4,7 Prozent) und der Bereich »Metallerzeug-



# Joachim Köbler

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg



CDU

## +++ NEWSLETTER

17. September 2008



gung, -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen« (6.800 Personen oder +5,4 Prozent) konnten ihren Personalbestand ausweiten.

An nominalen Umsätzen realisierten die Industriebetriebe im Juni knapp 25,7 Milliarden Euro. Die Umsatzentwicklung übertraf damit den Vorjahreswert um fast 1,7 Mrd. Euro (+7 Prozent). Insgesamt kam es im ersten Halbjahr 2008 zu einer kräftigen Umsatzsteigerung: die Industrieerlöse lagen um beinahe 8,2 Mrd. Euro (+5,9 Prozent) über dem entsprechenden Vorjahresergebnis und stiegen auf 146 Mrd. Euro an. Aus dem Inlandsgeschäft resultierte ein Umsatzplus von 4,4 Mrd. Euro (+6,6 Prozent), womit der Inlandsumsatz auf 71,5 Mrd. Euro anstieg. Nicht ganz so stark fiel das Plus aus dem Auslandsgeschäft aus (3,7 Mrd. Euro oder 5,3 Prozent). Mit einem Auslandsumsatz von 74,6 Mrd. Euro lag die Exportquote bei 51 Prozent.

### **Klare Linie von Bundesumweltminister bei Atommüll-Endlager gefordert**

#### **Joachim Köbler MdL: „Schnelle Einigung auf Gorleben statt Angst und Verwirrung zu stiften“**

Eine Lösung im Streit um ein Atommüll-Endlager fordert der Abgeordnete Joachim Köbler. Die SPD müsse ihre Blockadehaltung in der Endlagerfrage beenden und Bundesminister Gabriel das Moratorium zur Erkundung des Salzstocks Gorleben endlich aufheben, forderte Köbler. „Die Lösung der Endlager-Problematik hat einen wichtigen Stellenwert innerhalb der Debatte über die Akzeptanz der Nutzung der Kernenergie, die wir angesichts der Klimaproblematik und steigender Öl- und Gaspreise zumindest als Brückentechnologie brauchen“, sagte Joachim Köbler. „Spätestens seit 1961 das erste deutsche Kernkraftwerk Strom ins Netz speiste, wird schon über die Endlagerung des radioaktiven Mülls in Deutschland diskutiert“, so Köbler. Bereits 1979 sei mit der Erkundung des Salzstocks Gorleben begonnen worden, was bisher Kosten von über 1,5 Milliarden Euro verursacht habe. „Es muss Schluss sein mit den Ausflüchten von Bundesumweltminister Sigmar Gabriel, der bei jeder Debatte über eine nötige Verlängerung von Laufzeiten für Kernkraftwerke mit der Ausflucht kommt, in Deutschland gebe es noch nicht einmal ein Atommüll-Endlager“, sagte Köbler. Im Koalitionsvertrag aus dem Jahr 2005 hätten CDU, CSU und SPD klar vereinbart, die sichere Endlagerung radioaktiver Abfälle zügig und ergebnisoffen zu klären. Wörtlich heißt es in der Koalitionsvereinbarung: „Wir beabsichtigen in dieser Legislaturperiode zu einer Lösung zu kommen.“





Es gebe es bisher keinerlei Erkenntnisse, die gegen den Standort Gorleben sprächen, so Kößler. Er fordert daher eine möglichst schnelle Eignung auf Gorleben als Endlager für hoch radioaktive Abfälle. Noch Anfang der Neunzigerjahre habe es in einem Bericht des Bundesamts für Strahlenschutz geheißen: „Bei einem positiven Planfeststellungsbeschluss könnte das geplante Endlager Gorleben etwa im Jahre 2008 den Betrieb aufnehmen.“

Die rot-grüne Bundesregierung hatte die Erkundung Gorlebens im Jahr 2000 vorerst eingestellt. Danach sollte die Erkundung des Salzstocks Gorleben für mindestens drei, längstens jedoch für zehn Jahre unterbrochen werden. Weil sich der SPD-Minister bislang der Endlagerfrage von Atommüll nur zaghaft angenommen habe und das Gorleben Moratorium bald auslaufe, versuche man nun beim Bürger Angst und Verwirrung zu stiften, kritisiert Kößler. Sigmar Gabriel habe Ende 2006 erklärt, er werde die Erkundung wieder aufnehmen, wenn gleichzeitig andere Standorte geprüft würden. „Dieses hin und her verunsichert die Bürger. Eine klare Linie ist jetzt gefragt“, so der Abgeordnete Joachim Kößler.